

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“
Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann
Telefon: 0177 / 176 86 33

An die Leiter der Ressorts
Lokales / Berlin / Überregional

Berlin, 14. 10. 2010

Presseerklärung:

Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Chauvinismus war nie ein Randproblem!

Die größte Gefahr für diese parlamentarische Demokratie geht weder von „linken Rändern“ noch von Migrant_innen oder Muslim_innen aus, sondern droht aus der Mitte der Gesellschaft, erklärt das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ anlässlich der gestrigen Veröffentlichung der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise“.

Diejenigen, die die Grundgesetzestreue gebetsmühlenartig von Migrant_innen einfordern, erweisen sich nun teilweise selbst als Gegner_innen von in der Verfassung verankerten Grundrechten. Was hier als „Extremismus oder Radikalisierung der Mitte“ bezeichnet wird, ist von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen schon lange thematisiert und von einem Großteil der Vertreter_innen aus Politik, Medien und Gesellschaft nicht erst zuletzt in der Sarrazin-Debatte ignoriert oder verharmlost worden. Sie tragen eine Mitverantwortung dafür, dass soziale Probleme wieder in großem Maße ethnisiert und kulturalisiert werden und Migrant_innen im Allgemeinen und Muslim_innen im Besonderen zu Sündenböcken abzustempeln. Die Politik schafft den idealen Nährboden für den derzeitigen Rechtsruck auch in Deutschland. Dieser Entwicklung scheinen viele Vertreter_innen aus Politik, Medien und Gesellschaft nicht nur hilflos gegenüber zu stehen, sondern sie aktiv zu befördern.

Das jetzt mit der Veröffentlichung der Studie einsetzende Wehklagen durch Vertreter_innen aus Politik, Medien und Gesellschaft ist heuchlerisch. In der Sarrazin-Debatte, deren Einfluss auf den Rechtsruck in Deutschland noch keinen Eingang in die Studie fand, sind erneut Vorurteile und Ressentiments geschürt worden, die ein gesellschaftliches Klima des Generalverdachts gegen Migrant_innen und Muslim_innen weiter befördert haben. Statt darauf zu reagieren, wurden sich hinter einer „Meinungsfreiheits- und Integrationsdebatte“ versteckt und Ursachen sowie Verursacher sozialer Probleme verschleiert.

Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ fordert hier von den Verantwortlichen endlich sichtbare und konkrete Konsequenzen. Wir brauchen nicht immer neue Aktionspläne als Papiertiger ohne Wirkungsmacht oder öffentlichkeitswirksame Wettbewerbe zur Selbstdarstellung von Politiker_innen. Wir brauchen den Erhalt und Ausbau alternativer, antirassistischer und antifaschistischer Projekte. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts muss erweitert statt immer weiter eingeschränkt oder gar kriminalisiert zu werden. Zeigen sie endlich Verantwortungsbewusstsein!